

ARGUMENTE GEGEN Stammtischparolen



Nur wenige Menschen, die derzeit weltweit auf der Flucht sind, haben die Chance, die europäischen Außengrenzen zu erreichen und zu überwinden. Geflüchtete müssen als Sündenböcke herhalten, dabei müsste eigentlich die europäische (und im speziellen deutsche) Politik im Sinne der hiesigen geopolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen als tatsächlicher Verursacher dieser Fluchtbewegungen scharf angegriffen werden.

Quer durch die Gesellschaft werden wir als GewerkschafterInnen und BürgerInnen mit diversen Stammtischparolen konfrontiert – dieses Flugblatt soll dabei unterstützen, gegen die gängigen Vorurteile Stellung zu beziehen.

„Asylbewerber sind gefährlich und kriminell“

Dies ist statistisch nicht belegbar. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass Flüchtlinge oder Menschen mit Migrationshintergrund öfter straffällig werden als andere Menschen. Im Gegenteil: Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das sogar wissenschaftlich widerlegt¹.

Auch die Polizei (zum Beispiel in Bremen² und Berlin³) sah sich aufgrund der kursierenden Vorurteile veranlasst, darauf hinzuweisen, dass es im Umfeld der örtlichen Asylunterkunft keine erhöhte Kriminalitätsrate gibt.

„Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

Asylsuchende dürfen, nach der derzeitigen Rechtslage, in den ersten 3 Monaten ihres Aufenthaltes nicht arbeiten bzw. nur gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen (für 1,05 Euro pro Stunde). Auch nach dieser Zeit sind sie benachteiligt, deutsche StaatsbürgerInnen und EU Ausländer werden vorrangig vermittelt. Erst mit Erhalt einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung ist es Geflüchteten teilweise möglich, sich uneingeschränkt Arbeit zu suchen. Die Angst, dass Geflüchtete den Erwerbsabhängigen in der Bundesrepublik die Arbeitsplätze wegnehmen ist unbegründet. Forscher untersuchten den Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit und fanden dabei keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkterfolg der einheimischen Bevölkerung⁴.

„Die kommen alle nach Deutschland“

Weltweit nehmen Länder wie Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, oder Äthiopien die meisten Flüchtlinge auf. Aktuell verzeichnet Deutschland die meisten Asylanträge in Europa. Wenn man allerdings die Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge der letzten 10 Jahre betrachtet, stellt man fest, dass Frankreich fast durchgehend vor Deutschland liegt. Auch Länder wie Großbritannien und Schweden lagen kurzzeitig vor Deutschland. Zu beachten ist auch, dass Deutschland das Land mit den meisten Einwohnern in Europa ist. Deshalb ist die Anzahl der Asylanträge mit der Bevölkerungszahl ins Verhältnis zu setzen. Fakt ist, dass die BRD jahrelang im Mittelfeld lag, und erst im Jahre 2014 mit 2,5 Asylanträgen pro 1000 Einwohner den 6. Platz erreichte⁵. Vor Deutschland liegen dabei Länder wie Schweden, Ungarn, Österreich, Malta und Dänemark.

„Flüchtlinge bringen Deutschland nichts und kosten nur Geld“

Schon seit 1955 gilt die BRD als Einwanderungsland und profitiert von Migrations- und Fluchtbewegungen. Da die Menschen in Deutschland immer älter werden und zu wenig junge Menschen geboren werden, ist gerade Deutschland auf junge MigrantInnen angewiesen, damit zukünftige Renten gezahlt werden können.

Eine Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsordnung (ZEW) zeigt, dass die AusländerInnen, die in Deutschland leben, den Sozialstaat nicht belasten, sondern das Gegenteil bewirken. Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass entlasteten den Sozialstaat im Jahr 2012 um 22 Milliarden Euro.

Jeder Ausländer zahlt demnach pro Jahr durchschnittlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben als er an staatlichen Leistungen erhält⁶.

Quellen:

- (1) http://mediendienst-Integration.de/fileadmin/Dateien/ Gutachten_Kriminalitaet_Migration_Walburg.pdf
- (2) <http://www.taz.de/!5064048/>
- (3) <http://www.berliner-zeitung.de/bezirke/fragen-und-antworten-die-situation-der-asylbewerber-in-berlin,10809310,23690560.html>
- (4) http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/ruhr-economic-papers/REP_11_257.pdf
- (5) <http://www.unhcr.org/5512c51e9.html>
- (6) http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf

„Das sind doch alles nur Wirtschafts-flüchtlinge“

Das Recht auf Asyl ist in der Bundesrepublik bereits stark eingeschränkt. Obwohl der „reiche Norden“ mit seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme Krieg, Armut und Hunger im „armen Süden“ maßgeblich mit zu verantworten hat, führt die Flucht aus solchen Krisengebieten meist nicht zu Asyl in Europa. Jedes Jahr werden unzählige abgelehnte AsylbewerberInnen in Hunger, Krieg, Verfolgung und Tod abgeschoben und teilweise direkt nach der Ankunft in ihren mutmaßlichen Herkunftsländern verschleppt, eingesperrt oder ermordet. Wer seine Heimat in der Hoffnung auf ein besseres Leben verlässt, hat dafür in der Regel gute Gründe. Diejenigen, die fliehen, sind für die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern nicht verantwortlich zu machen.

Nach den Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kamen ein Viertel der Asyl-antragsteller im Jahre 2014 aus Syrien. Auch Flüchtlinge aus Ländern wie Eritrea, Somalia und dem Irak stellten eine hohe Anzahl an Asylanträgen⁷. Viele der Flüchtlinge kommen somit aus Gebieten, in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen und die Menschen vor Terror und Gewalt fliehen.

Einige Staaten werden von der Politik einfach zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt: So haben zum Beispiel Sinti und Roma aus Ost- und Südost-europa keinen Anspruch auf Asyl, obwohl sie in ihren Herkunftsländern offenem Rassismus und gewalttätigen Übergriffen bis hin zu pogromartigen Stimmungen ausgesetzt sind. Diesen Menschen wird von der Bundesrepublik unterstellt, aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland zu fliehen – ein krasses Beispiel für die unmenschliche Asylpolitik in diesem Land.

„Fast alle Flüchtlinge sind Männer“

Korrekt ist: Fast 2/3 aller Asylbewerber in der Bundesrepublik sind männlich⁷. Dies hat aber gute Gründe: Eine Flucht nach Europa ist teuer. Denn obwohl viele Geflüchtete Haus und Hof verkaufen, kann oft nur einem Familienmitglied die Reise nach Deutschland ermöglicht werden. Meist ist dies ein Mann im arbeitsfähigen Alter.

Die Routen, über die sich die fliehenden Menschen nach Europa durchkämpfen müssen, sind gerade für Frauen und Kinder sehr gefährlich, da (sexuelle) Übergriffe und andere Gefahren drohen. Eine sichere Einreise nach Europa per Flugzeug ist nicht so gut wie ausgeschlossen, da Fluggesellschaften bei der Beförderung ohne Visa oder auch nach späterer Ablehnung des Asylantrages hohe Strafen und Regresszahlungen drohen.

Quellen:

(7) http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile

Hinweis: Der vorliegende Text wurde vom Migrationsausschuss des ver.di-Bezirk Stuttgart zur Verfügung gestellt und von ver.di Frankfurt am Main und Region redaktionell überarbeitet.

Der ver.di-Migrationsausschuss im Bezirk Frankfurt am Main und Region ...

...setzt sich für die soziale, gesellschaftliche und betriebliche Gleichstellung von MigrantInnen ein. Wir treten ein gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus in all seinen Facetten, sei es in Betrieben, Verwaltungen, sonstigen Institutionen oder auf der Straße.

Kontakt und V.i.S.d.P.:

ver.di-Bezirk Frankfurt am Main und Region,
Alexander Klein (stellv. Geschäftsführer),
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77,
60329 Frankfurt/Main,
alexander.klein@verdi.de

Gemeinsam bleiben!

mIGRATION



Migrationsausschuss

Bezirk
Frankfurt am Main
und Region

Rassismus vertreiben!